

Demokratie in Europa

Autor(en): **Pedrina, Vasco / Gross, Andi / Schäppi, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1992)**

Heft 17: **Internationale Solidarität**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DiSKUSSiON: *Andi Gross, seit dem letzten Herbst beteiligst du dich als Bundeshausinsasse und als Mitglied der Europakommission der SP-Fraktion an der Europadebatte. Dabei hast du dich vor allem auf Fragen spezialisiert, die im Zusammenhang mit der direkten Demokratie stehen. SGB und SP haben sich beide in ihren Kongressen für ein «demokratisches Europa» ausgesprochen. Wie erlebst du die politische Praxis der Gewerkschaften in dieser Frage?*

Andi Gross: Es reicht nicht, von einer Demokratisierung von Europa zu reden, denn darunter kann alles oder nichts verstanden werden. Niemand ist heute gegen die Demokra-

tie, das heisst jedoch nicht, dass er oder sie etwas für sie macht. Es geht ja nicht nur um parlamentarische Rechte. Das grosse Ziel ist eine europäische Verfassung, die den Menschen mehr Rechte gibt, als nur die Wahlmöglichkeit für ein konsultatives Organ namens «Europaparlament». Man muss präzise sagen, was man meint: Kein Abbau der Demokratie für den einzelnen Bürger oder die einzelne Bürgerin, sondern Transfer der je länger je dünneren demokratischen Rechte von der nationalen auf eine supranationale europäische Ebene. Konkret zu meinen Erfahrungen: Ich habe beobachtet, dass innerhalb des Gewerkschaftsbundes die zuständigen Sekretäre die Demokratie viel weniger ernst nehmen, als massgebliche Leute in der SP. In der SP hat man gemerkt, dass es selbstmörderisch wäre, wenn man die Öffnung zu Europa mit dem Abbau der Demokratie zu erkaufen versuchte. Wir dürfen nicht vergessen, dass die direkte Demokratie eine Einrichtung ist, die von 80 bis 90 % der Bürgerinnen und Bürger sehr geschätzt wird, sogar von denen, die sie kaum noch wahrnehmen. Als Euro-

Perspektive zu entwickeln, die Einsichten vermittelt, Ängste abbaut und vor allem auch eine Handlungsperspektive aufzeigt.

DiSKUSSiON: *Kannst du Grundlagen für eine solche Perspektive formulieren?*

Andi Gross: Der Kern der Europafrage besteht darin, dass der Staat für die Lösung der grossen Probleme immer mehr zu klein wird. Um den grossen fundamentalen Herausforderungen der Zukunft wie Frieden, Ökologie und soziale Gerechtigkeit begegnen zu können, müssen wir transnational kooperieren. Denn soziale Gerechtigkeit heisst soziale Wirtschaftspolitik, aber Wirtschaftspolitik ist heute nur noch transnational möglich. Die Frage kann deshalb nicht lauten, weiter wie bisher oder Rückzug in die Region, sondern wie können wir die transnationale Ebene betreten und beackern. Also nicht mehr die Frage ob, sondern wie! Allerdings besteht die grosse Herausforderung darin, die Errungenschaften des Staates, vor allem die Demokratie, nicht zu verlieren, wenn wir uns auf diese transnationale Ebene begeben. Die Demokratie ist ein Kind des Staates, und ausserhalb des Staates gibt es keine Demokratie.

Unter Demokratie verstehe ich das Recht von jedem Einzelnen, auf möglichst alles, was ihn betrifft, einwirken zu können. Also die gemeinsame Gestaltung dessen, was uns gemeinsam betrifft. Solche Rechte fehlen auf der übernationalen Ebene völlig. Die multinationalen Konzerne sind aber schon seit Jahrzehnten transnational aktiv. Dabei spielen sie die Staaten gegeneinander aus und können so demokratische Entscheidungen in den einzelnen Staaten unterlaufen. Erst mit einer transnationalen Demokratie auf kontinentaler oder sogar globaler Ebene, können wir die Rahmenbedingungen dieser Konzerne wieder mitbestimmen.

Dies muss unser Ziel sein, wenn wir das sanfte

Ein Gespräch mit
Andi Gross,
Nationalrat

Demokratie in Europa

Roland Erne



Die Abbildung zeigt eine Fotomontage von Walter Erb.

tie, das heisst jedoch nicht, dass er oder sie etwas für sie macht. Es geht ja nicht nur um parlamentarische Rechte. Das grosse Ziel ist eine europäische Verfassung, die den Menschen mehr Rechte gibt, als nur die Wahlmöglichkeit für ein konsultatives Organ namens «Europaparlament». Man muss präzise sagen, was man meint: Kein Abbau der Demokratie für den einzelnen Bürger oder die einzelne Bürgerin, sondern Transfer der je

päerIn kann man es sich nicht leisten, sich die Demokraten zu seinem/ihrem Feind zu machen. Dies äussert sich bei der SP nun dahingehend, dass sie vehement dafür kämpft, dass die demokratischen Rechte gegen innen kompensiert und gegen aussen ausgebaut werden.

Grundsätzlich denke ich, dass sich in den Gewerkschaften die Probleme nicht anders stellen als in den meisten fortschrittlichen und grünen Bewegungen der Schweiz: Viele Leute sind in dieser Frage noch unsicher und haben noch keine feste Meinung. Es sollte nun in allen diesen Bewegungen darum gehen, eine

Ordnungsprinzip der Demokratie nicht vollends dem harten ökonomischen Prinzip «der Stärkere befiehlt» unterordnen wollen.

Wir müssen wieder jedem Einzelnen auch auf der transnationalen Ebene das Recht verschaffen, gehört zu werden und eine Stimme zu haben. Und dazu braucht es eine staatliche Verfassung, denn es ist immer die Verfassung, die einem Bürger und einer Bürgerin die Grundrechte gibt. Eine europäische Verfassung ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung, wenn wir die europäische Politik nicht Ministern, Wirtschaftsleuten, Experten und Bürokraten überlassen wollen. Nun stellt sich aber die Frage, wie wir zu so einer Verfassung kommen, denn geschenkt kriegen wir sie nicht.

DiSKUSSiON: *Du hast die Demokratie als wichtigste Erziehung des Staates hervorgehoben. Ist es aber in der Realität in der Schweiz nicht schon heute so, dass die Ökonomie die Politik trotz demokratischer Verfassung bestimmt? Hast du da nicht einen falschen Ansatz, wenn du für demokratische Rechte in Europa kämpfst, aber die Menschen in ihrem Betriebsalltag nie wirklich mitbestimmen können?*

Andi Gross: Die Wirtschaft ist tatsächlich ein Lebensbereich ausserhalb der demokratischen Zone; es gibt ja diese treffende Fotomontage «Achtung! Betriebsgrenze. ENDE der Demokratie», die eigentlich an jeder Bürotüre und an jedem Fabrikator angebracht werden müsste. Dies ist so, und selbstverständlich ist eine Demokratie, die sich auf die Freizeit beschränkt und vor den Werktoeren halt macht, sehr dürftig, deshalb rede ich auch von der «unvollendeten Demokratie». Selbstverständlich müssen wir auch darum kämpfen, dass alle Lebensbereiche in der Schweiz demokratisiert werden. Aber sich darauf zu beschränken hat keinen Sinn, wenn gleichzeitig die nationale Souveränität

ausgelagert wird. Vor allem hat es keinen Sinn zu kapitulieren und überhaupt darauf zu verzichten, für Souveränität zu kämpfen und sich dafür einzusetzen, dass alle ihre souveränen Rechte auch wahrnehmen können.

Mir ist klar, dass dies bei einem undemokratischen Arbeitsalltag schwierig ist, aber deshalb müssen wir doch nicht den demokratischen Anspruch aufgeben. Wenn etwas nicht gut funktioniert, will ich versuchen, es besser zu machen. Leider gibt es in der Schweiz viele Leute, auch unter den Linken, in den Gewerkschaften oder bei den Grünen, die vor der schwierigen Aufgabe, Demokratie in einer arbeitsteiligen Gesellschaft zu gestalten, vorzeitig kapitulieren. Es ist für mich eine der grössten Enttäuschungen, zu sehen wie schnell viele Leute den Anspruch aufgeben, dass jeder und jede mitreden darf, und lieber selber versuchen, zu denen zu gehören, die anderen etwas befehlen, sei es als Experte, als Kapitalbesitzer oder als Regierender.

DiSKUSSiON: *Du hast nun mehrmals «ein demokratisches Europa» gefordert. Wie könnte denn dieses «demokratische Europa» aussehen.*

Andi Gross: Ich kann natürlich in diesem begrenzten Rahmen nicht alles erwähnen, was eigentlich gesagt werden müsste. Ich kann einige Aspekte aufzeigen und Fragen formulieren, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Wichtig ist erst mal, dass man sich ein Ziel setzt und sagt, was man will, und dann gemeinsam daran arbeitet.

In der Folge zähle ich einige heisse Punkte auf, die wir beachten sollten:

Jede Angelegenheit sollte auf der unterst möglichen Stufe entschieden werden. Das heisst zum Beispiel, dass Kultur- und Schulpolitik auf der Ebene der Kantone und Gemeinden bleiben sollten. Die Rahmenbedingungen für multinationale Unternehmungen sollen hingegen gesamteuropäisch gesetzt werden.

In einer europäischen Verfassung müssen auch die Regionen vor einer Tyrannei der Mehrheit geschützt werden. So sollte eine Region das Recht haben, einen Eingriff, der ihre Lebensinteressen in Frage stellt, mit besonderen Veto- oder Referendumsrechten verhindern zu können. So sollte zum Beispiel der Kanton Uri eine vierte, sechste oder achte Autobahnspur verhindern können. Nur eine demokratische Verfassung könnte dieses Recht für alle Regionen garantieren, denn es geht ja nicht nur um den Kanton Uri, sondern auch um den Brenner oder um die vielen tschechoslowakischen Dörfer, die unter dem West-Ost-Lastwagenverkehr leiden. Das ist nur ein Punkt, mit dem ich aufzeigen wollte, in welcher Richtung wir denken.

DiSKUSSiON: *Eine Verfassung muss ja nicht nur formuliert, sondern wie du selber gesagt hast, auch erkämpft werden. Wie soll das geschehen?*

Andi Gross: Es spricht alles dafür, dass es in den nächsten zwanzig Jahren eine europäische Verfassung geben wird, die die Römer Verträge ablösen wird. Denn je grösser die EG wird, je mehr müssen Verfahren eingerichtet werden, die legitime Beschlüsse zur Folge haben. Die heutige schwache Struktur der EG kann mehr Mitglieder kaum ertragen. Daraus ergibt sich auch von dieser Seite eine Tendenz zu einer europäischen Verfassung.

Um so mehr lohnt es sich schon heute, eine Bewegung aufzubauen, die als politische Kraft präsent ist, wenn in der EG die Diskussion über eine europäische Verfassung beginnt. Zusammen mit verschiedenen Europäerinnen und Europäer haben wir deshalb vor zwei Jahren begonnen, eine Bewegung für ein demokratisches Europa aufzubauen, die «Eurotopia-Bewegung».

Die ersten Erfahrungen in dieser Arbeit sind ermutigend. Wir haben gesehen, dass es in ganz Europa Menschen gibt,

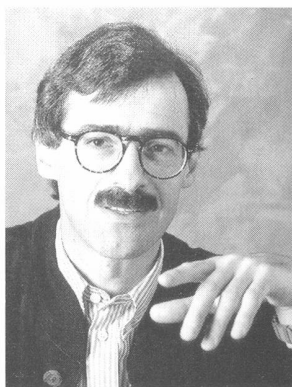
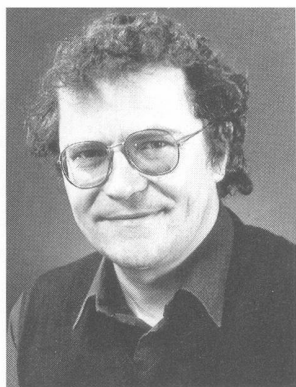
die sich ähnliche Fragen stellen. Zudem lohnt sich unser längerfristiges transnationales Engagement auch deshalb, weil wir als Bürgerin, als Bürger dabei lernen, transnational aktiv zu sein, so dass wir in einer supranationalen Zukunft nicht von ParlamentarierInnen, DiplomatInnen und GewerkschaftssekretärInnen abhängig sind, wenn es darum geht, unsere Ideen in die europäische Diskussion einzubringen.

DiSKUSSiON: *Du skizzierst einen schwierigen und langen Weg. Lohnt es sich da überhaupt, sich in dieser Richtung stark zu engagieren?*

Andi Gross: Ja, dieser Weg ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Aber er kann dennoch versucht werden. Entweder wir befinden uns in der Phase des Ausstiegs aus der Demokratie oder wir schaffen es, die Demokratie supranational weiterzuentwickeln. Dies ist eine epochale Aufgabe. Diese Frage versteckt sich letztlich hinter der Europa-Diskussion. Letztlich ist dies nicht einmal nur eine kontinentale Aufgabe, sondern eine globale. Es ermutigt mich, dass viele andere EuropäerInnen diese Ansicht teilen. Die grosse Aufgabe besteht darin, einfache Menschen zu finden, die sich auch auf eine so grosse Ebene gemeinsam handelnd einlassen. Dies wird nicht einfach sein.

Wir dürfen zudem einen Aspekt nicht vergessen, der mir letzthin bei einer SP-Delegationsreise in Brüssel klar wurde. Der eigentliche Motor der bisherigen europäischen Integration, die Wirtschaft, hat mit dem Binnenmarkt ihr Ziel zum grössten Teil erreicht und wird die Integration nicht mehr stark vorantreiben. Wenn dies nicht zur Folge haben soll, dass die Entwicklung stillsteht, müssen Bewegungen, also wir Bürgerinnen und Bürger, diesen alten Motor ersetzen. Auch das spricht für die Mobilisierung der Menschen und ihre Ermutigung zum europäischen Handeln.

Ein Gespräch mit
Hans Schächli
(Präsident GTCP)
und Vasco Pedrina
(Präsident GBH)



DISKUSSION: Der SGB ist für die Integration der Schweiz in Europa. In diesem Prozess will er, gemäss Kongressresolution, ein soziales, demokratisches, ökologisches und entmilitarisiertes Europa anstreben. In der konkreten Europapolitik konzentrierte sich der SGB auf die Gefahren eines Lohndumpings im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Personen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Wurden dabei nicht zentrale Bereiche vernachlässigt? Ich denke an die betriebliche Mitbestimmung und an die demokratischen Rechte?

Vasco Pedrina: Zuerst denke ich, dass im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag aus der Sicht der Gewerkschaften die soziale Absicherung die erste und zentrale Frage sein muss. Von dort her ist die konkrete Europapolitik des SGB gerechtfertigt. Wir haben von der GBH her dazu beigetragen, dass der SGB beim Bundesrat intervenierte, um von ihm klare Massnahmen zu fordern, die Lohn- und Sozialdumping bei einem EG/EWR-Beitritt vermeiden. Konkret geht es um ein erleichtertes Verfahren, um die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen erreichen zu können, und um die Verankerung von verbindlichen Minimallohnen in den Normalarbeitsverträgen. Dazu kommt, dass bei der Anwendung von GAVs generell das sogenannte Vorortsprinzip (Ausführungsortsprinzip) und nicht das Domizilsprinzip gelten soll. Das sind absolut zentrale Fragen für uns, und deshalb hat der SGB hier auch interveniert.

Jetzt zu den zwei Aspekten Mitbestimmung und demokratische Rechte. Bei der Mit-

bestimmung, glaube ich, sind wir am Ball. Vielleicht kann man kritisieren, dass in diesem Zusammenhang an der Basis noch keine richtige Bewegung entstanden ist. Aber in der Frage der Mitbestimmung war es traditionell immer schwierig, denken wir zum Beispiel an die Abstimmung über die Mitbestimmungsinitiative Mitte der siebziger Jahre. Im Rahmen des Eurolex, also den Gesetzesreformen, die zusammen mit dem EWR-Vertrag eingeführt werden müssen, ist ein Minimalgesetz zur Mitsprache der ArbeitnehmerInnen vorgesehen. Natürlich ist es unbefriedigend und kann unseren Ansprüchen nicht genügen. Ich glaube nicht, dass wir einfach fortschrittliche Gesetze geschenkt bekommen, ohne dass wir sie hier in der Schweiz erkämpfen. Die Mitbestimmung wird deshalb eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe für die nächste Periode sein, im besonderen auch für unsere neue gemeinsame Gewerkschaft GBH/GTCP.

Zur Demokratiefrage haben wir am GBH-Kongress im Herbst unsere Programmatik definiert. Wir wollen in der Schweiz und in Europa die bestehenden demokratischen Rechte ausbauen und neue Rechte entwickeln. Damit soll der Verlust schweizerischer demokratischer Rechte durch einen EG oder EWR wieder wettgemacht werden. Effektiv ist bis jetzt in dieser Frage nicht sehr viel gelaufen, weil wir die Priorität auf die sozialen Fragen gesetzt haben. Das bedeutet aber nicht, dass wir dieser Frage in Zukunft kein Gewicht geben werden.

DISKUSSION: Die SPS hat in einer Eingabe an den Bundes-

Ich glaube nicht, dass wir einfach fortschrittliche Gesetze geschenkt bekommen, ohne dass wir sie hier in der Schweiz erkämpfen. Die Mitbestimmung wird deshalb eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe für die nächste Periode sein.

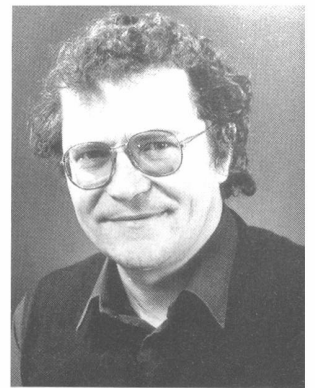
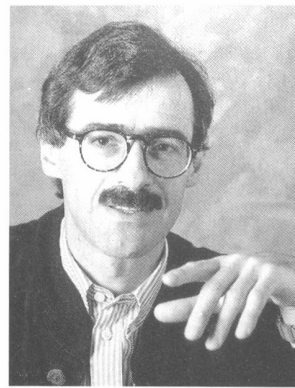
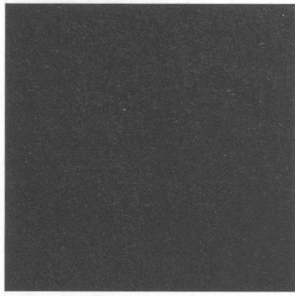
rat in diesem Zusammenhang demokratische Reformen gefordert, die eigentlich mit Eurer Programmatik übereinstimmen. Wieso haben sich die Gewerkschaften nicht an diesem Vorstoss beteiligt?

VP: Jede Gruppierung sollte sich, wenn sie etwas erreichen will, auf die für sie zentrale Frage konzentrieren. Es ist klar, dass für uns die soziale Absicherung als die zentrale Frage angesehen werden muss. Das ist auch unser Auftrag, von den ArbeitnehmerInnen her gesehen. Die Frage der Demokratie ist natürlich ebenso zentral. Es ist aber eher die Aufgabe der SPS, sie ins Zentrum zu setzen. Wir werden die SPS – auf jeden Fall von der GBH her – in ihren Aktivitäten dabei sicher unterstützen.

DISKUSSION: Alle Reformen in Europa in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit, Um-

weltschutz und Demokratie können letztlich nicht mit programmatischen Erklärungen und internationalen Treffen von Gewerkschaftsspitzen erreicht werden, sondern nur mit Druck und Bewegung von der Basis. Entscheidend für die Gewerkschaftsbewegung ist dabei, die internationale Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen und Sektionen. Wie ist die GBH auf diese Herausforderung vorbereitet?

VP: Wir haben hier sicher einen grossen Rückstand aufzuholen, und dennoch beginnen sich positive Ansätze abzuzeichnen. Die Sensibilität unserer Basis ist stark gestiegen. Auch konkrete Projekte mit Kollegen der Basis werden in die Wege geleitet. Ich möchte einige Beispiele erwähnen: Das erste ist ein Multiprojekt, das von der EG finanziert wird. Dabei treffen sich Basis-kollegen aus dem franzö-



Ich denke an unsere internationale Gewerkschaftszusammenarbeit in der Region Basel. Dabei treffen sich Vertrauensleute und Betriebskommissionsmitglieder aus Frankreich, Deutschland und aus der Schweiz, also keine Bürokraten.

sischen Bouygues-Konzern, dem auch Losinger angehört. Das Ziel besteht im Aufbau von eigentlichen europäischen Betriebskommissionen. Dies wäre die Voraussetzung, um irgendwann einmal auch europäische Vereinbarungen auszuhandeln zu können. Das zweite Beispiel steht im Zeichen des von der EG-Kommission ausgerufenen europäischen Jahres für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Dazu organisieren die italienischen Gewerkschaften ein zweiwöchiges Seminar für Betriebskommissionsmitglieder und Funktionäre, an dem auch einige GBH-Kollegen teilnehmen werden. Solche Treffen sind gute Gelegenheiten, um gemeinsame Aktionen entwickeln zu können. Für uns brennend sind zudem die Fragen rund um die Durchsetzung der Gesamtarbeitsverträge. Stichwort: entsandte ArbeitnehmerInnen und Subunternehmungen. Hier müssen

wir zusammen mit anderen Gewerkschaften und unserem europäischen Dachverband, der Europäischen Föderation der Bau und Holzarbeiter EFBH, koordinierte Aktionen planen, um auf die betreffenden EG-Richtlinien Einfluss zu nehmen. In Zukunft muss auch ein konkreter Wille da sein, um in Fragen wie Arbeitszeitverkürzung Bewegungen in Europa zu entwickeln. Aber dafür braucht es noch einiges an Vorarbeit.

DiSKUSSiON: Hans Schättli, du hast wie Vasco immer ein politisches Konzept vertreten, nachdem grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaft nur mit der Mobilisierung der Basis zu erreichen sind. Ist es möglich, auch auf europäischer Ebene an diesem Konzept festzuhalten, oder wird sich eine europäische Gewerkschaftspolitik darauf beschränken, GewerkschaftsfunktionärInnen in Experten-

kommissionen und Arbeitsgruppen nach Brüssel zu schicken?

Hans Schättli: Es ist sicher schwierig, auf europäischer Ebene gemeinsame Aktionen zu lancieren, die nicht einfach auf einer korporativen Ebene bleiben. Ausgeschlossen hingegen sind kämpferische und mobilisierende Aktionen auf europäischer Ebene sicher nicht. Wir haben schon gute Erfahrungen gemacht. Ich denke an unsere internationale Gewerkschaftszusammenarbeit in der Region Basel. Dabei treffen sich Vertrauensleute und Betriebskommissionsmitglieder aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz, also keine Bürokraten, in verschiedenen Konzernarbeitsgruppen (Ciba-Geigy, Alusuisse, Lonza, Roche). So ist es uns gelungen, mit einer gemeinsamen GTCP/IG Chemie-Demo zu reagieren, als Alusuisse in Rheinfelden (BRD) die Elektrolyse schliessen wollte. Diese Demo hatte dann auch eine grosse Wirkung.

DiSKUSSiON: Wenn wir die verschiedenen europäischen Chemiegewerkschaften miteinander vergleichen fällt auf, dass sie sehr unterschiedliche Konzepte der Gewerkschaftspolitik haben. So verfolgt die IG Chemie eine klar sozialpartnerschaftliche Linie, und die ehemals kommunistisch orientierte italienische CGIL ist unterdessen auch auf diese Linie eingeschwenkt, so dass sie heute zum Beispiel die Liberalisierung der Sonntagsarbeit und der Nachtarbeit für Frauen durchaus mitträgt. Wie ist es unter diesen Voraussetzungen möglich, eine kämpferische europäische Ge-

werkschaftspolitik zu verfolgen?

Hans Schättli: Du hast recht. Die europäischen Chemiegewerkschaften haben wie die Gewerkschaften in den andern Branchen verschiedene Linien. Dies ist ja auch im SGB so. Dass dies die Zusammenarbeit bei der Planung von Aktionen nicht erleichtert, ist klar. Trotzdem muss dies relativiert werden, denn wenn auch die eine oder andere Gewerkschaftsführung eine bestimmte Linie vertritt, heisst dies noch lange nicht, dass die Interessen bei den Mitgliedern stark auseinandergehen. Dies haben wir auch am Beispiel der Demo bei der Alusuisse erlebt.

DiSKUSSiON: Vasco, bei deinen und den Beispielen, die Hans erwähnt hat, steht die betriebliche Ebene mehrmals im Zentrum. Zeigt sich hier nicht eine grosse Schwäche der GBH? Die Betriebszugehörigkeit spielte in der GBH bisher eine so marginale Rolle, dass nicht einmal überall bekannt ist, in welchen Betrieben die Mitglieder arbeiten. Wie kann die GBH unter diesen Voraussetzungen an europäische Betriebskommissionen denken?

Vasco Pedrina: Der Aufbau eines Informationssystems wird eine der prioritären Aufgaben der künftigen Gewerkschaft sein müssen. Wir beginnen uns zurzeit zu überlegen, wie ein Fragen-Katalog über die Betriebe aussehen könnte, nach dem dann die Sektionen diese Informationen beschaffen und organisieren können. Denn für den Aufbau einer Gegenmacht und auch für die Mitbestimmung ist ein solches Informationssystem von entscheidender Bedeutung.